

Junge Union zu Beginn nach dem Weltkrieg

Einleitung und Einführung

Junge Union: Eindrucksvolle Leistung, nüchtern und kritisch

Die Jugendpolitik der Jungen Union Deutschlands

Forderungen der Jungen Union für die Berufsausbildung

Die Grundrechte in der deutschen Demokratie

Junge Union: Eindrucksvolle Leistung, nüchtern und kritisch

Selten sind sich die Beobachter der Jungen Union (JU) einig über die Wertung, die sie der ca. 100.000 Mitglieder umfassenden Nachwuchsorganisation der CDU/CSU geben sollen. Oft tragen die Pressevertreter die Debatten der Deutschlandtage, der Jahreshauptversammlungen der JU, nachträglich noch einmal in den Spalten ihrer Blätter aus, und zwar in der Regel sehr engagiert; denn die pointierten Meinungen der Jungen Christlichen Demokraten Deutschlands sind nicht dazu angetan, nur im nüchternen Nachrichtenstil publiziert zu werden.

Der Streit um die Junge Union entzündet sich meistens an der Tatsache, dass es der Jungen Union gelungen ist, eine Entwicklungsstufe zu überwinden, auf der sich die meisten Juniorenorganisationen von Parteien bewegen: Die Jungen Union misst jede neue Idee und alle Änderungs- bzw. Verbesserungswünsche an der Frage, ob und wie sie verwirklicht werden können. In den ersten Monaten nach ihrer Gründung verfolgte sie noch die Idee, sich mit gesellschaftlichen Modellen ohne Realisierungschancen an die Öffentlichkeit zu wagen und das Partei-„Establishment“ wegen der Nichterfüllung von Utopien anzuklagen. Die Junge Union bemüht sich jedoch von Anfang an, Rückfälle in überholtes Denken in der Politik zu verhindern, sie strebt progressive aber realisierbare Reformen an.

Eine weitere Prägung erhält die Junge Union dadurch, dass ihr Hineinwachsen in politische Mandate auf allen Ebenen aufgrund ihrer guten Eingliederung in die beiden Unionsparteien gefördert wird, während andere politische Junioren im Generationenkampf gegen den eigenen Parteiapparat

erstarren und jeden aus ihren eigenen Reihen hervorgegangenen Mandatsträger bereits, bevor er seine neue Funktion antritt, mit Misstrauen bedenken. Selbst dann ergänzen sich bei der Jungen Union Realitätssinn, Rationaldenken und Kritikfreudigkeit, wenn ihr die Integration in die unmittelbare Verantwortung von Staat und Gesellschaft die schwierige Doppelrolle aufzwingt, einerseits ein wichtiger Teil der Partei zu sein und andererseits die kritische junge Generation in der Partei zu vertreten

Es ist nicht nur die Not der Nachkriegszeit, die die Junge Union geformt hat. Vielmehr beeinflusst die politische Entwicklung den Verband außerordentlich stark. Nach kurzer aber heftiger Diskussion, die mit dem Ausscheiden verschiedener Freunde aus den Gründungsjahren endet, fühlt sich die Junge Union als Verfechter des damals auch im Innern befehdeten "Provisoriums" Bundesrepublik, als entschiedener Anwalt der sozialen Marktwirtschaft und als einsatzwilliger Befürworter der deutschen Verteidigungsbereitschaft. Daraus resultieren sorgfältig erarbeitete Vorstellungen für Reformen auf dem Gebiet des Familienrechts, der Jugendförderung und des Arbeitsschutzes. Der Erfolg der Jungen Union ist also kein Zufall, sondern das Ergebnis einer kontinuierlichen Entwicklung, harter, sachgerechter Arbeit und der ständigen Bereitschaft, eine vernünftige Politik mitzugestalten und zu unterstützen.

Die Startbedingungen für die Arbeit der ersten Mitglieder der Jungen Union, die sich unmittelbar nach Kriegsende unter den verschiedensten Namen, aber aus dem gleichen Geist heraus zusammenfinden, sind von Anfang an sehr unterschiedlich. In der französischen Besatzungszone - mit Ausnahme des Saarlandes - geht die Kontrolle der Besatzungsmacht über das allgemeine Misstrauen kaum hinaus, nicht ganz so ungezwungen verläuft die Entwicklung in der amerikanischen Zone. In der britischen Zone ist die Arbeit recht schwierig, weil diese Besatzungsmacht lieber das System britischer Jugendklubs in Deutschland verwirklicht hätte und deshalb mit kleinlichen Einwänden bei der Jungen Union so hemmend wirkt wie beim Aufbau der CDU und bei der Lizenzierung christlich-demokratisch orientierter Tageszeitungen. Am schwersten ist die politische Tätigkeit der teilweise unter merkwürdigen Namen entstandenen Jungen Union in der sowjetischen Besatzungszone; denn hier sind die Besatzungsoffiziere bereits unmittelbar nach der Bildung der Parteien mit dem festen Konzept ausgerüstet, keine Parteiorganisationen für Jugendliche zuzulassen.

Trotz des Drucks der Besatzungsmächte, der auf die Anhänger der Jungen Union ausgeübt wird, trotz der Verweigerung von Interzonenpässen gelingt es im Januar 1947, im Kurhaus von Königstein die erste gesamtdeutsche Tagung der Jungen Union Deutschlands durchzuführen. Hier einigen sich die Delegierten aus allen Besatzungszonen auf ein vorläufiges Grundsatzprogramm und bilden getreu dem Bekenntnis zum Föderalismus einen nach Landesverbänden gegliederten Deutschlandrat, an dessen Spitze Dr. Bruno Six als Deutschlandsprecher (1947 - 1948) tritt. Das Grundsatzprogramm, auf das sich die Vertreter der Landesverbände aus allen vier Besatzungszonen einigen, lautet:

„Die Junge Union fordert die soziale Tat (wie Hebung des Lebensstandards, Linderung der Not der sozial Schwachen, Lastenausgleich, Siedlungsprogramm, Mitbestimmungsrecht und leistungsgerechten Lohn).

Die Junge Union fordert die Rechtssicherheit (damit die Freiheit und Unverletzbarkeit der Person in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege auch tatsächlich beachtet wird).

Darüber hinaus bittet die Junge Union die christliche Jugend der Welt, die deutsche Jugend nicht weiter zu verdammen, sondern ihr zu helfen, das Chaos zu überwinden.“

Das Ergebnis von Königstein führt zur Einberufung des ersten Deutschlandtages der Jungen Union. Entsprechend dem gesamtdeutschen Auftrag, den sich die Junge Union gestellt hat, werden die Delegierten nach Berlin eingeladen. Hier tritt der Deutschlandtag trotz sowjetischer Überwachung und Bedrohung im Ostsektor zusammen und bildet dabei die einzige gesamtdeutsche politische Organisation, die nach 1945 bestanden hat.

Die bald darauf einsetzende Zerschlagung der nicht kommunistischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone trifft die Junge Union besonders hart, ihre Sprecher werden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, wenn sie nicht flüchten können. Als die Reste der Jungen Union der sowjetischen Besatzungszone gezwungen werden sollen, den Ostkurs mitzumachen, löst der Deutschlandrat der JU im Januar 1948 die Junge Union der sowjetischen Besatzungszone auf und betrachtet die nach West-Berlin und in die damaligen Westzonen geflüchteten Repräsentanten der JU der „Zone“ weiter als deren legale Vertreter. Um das Bekenntnis zur Freiheit

für die Ostzone besonders zu betonen, wird der Sprecher der Jungen Union im Exil, Fred Sagner, zum zweiten Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands (1948 - 1949) gewählt.

Unter dem Vorsitz Hermann-Josef Dufhues (1949 - 1950) entwickelt die Junge Union ihre Vorstellungen für ein neues Deutschland. Die Diskussionen in den Landesverbänden führen im März 1950 zur Verabschiedung der „Würzburger Beschlüsse“, die auch als „Grundforderungen der Jungen Union“ in die Geschichte der Organisation eingegangen sind:

„Die Jungen Union Deutschlands will:

1. die verantwortliche Mitarbeit der jungen Generation an der Neuordnung des öffentlichen Lebens;
2. den Vorrang der freien Persönlichkeit in der Politik und die Anerkennung des uneingeschränkten Persönlichkeitswahlrechts und der geistigen Autorität in der Demokratie;
3. die Erneuerung des geistigen und kulturellen Lebens auf der Grundlage des Christentums;
4. Einfachheit und Sparsamkeit in der Verwaltung und im öffentlichen Leben;
5. die Überwindung der Bürokratie durch echte Selbstverwaltung in Gemeinde, Staat und Wirtschaft;
6. die Sicherung der persönlichen, familiären und sozialen Existenz als Aufgabe der Sozial- und Wirtschaftspolitik;
7. einen gerechten Lastenausgleich zugunsten der Ostvertriebenen und aller Opfer des Krieges;
8. die Wiederherstellung Deutschlands in seinen geschichtlichen Grenzen;
9. den gleichberechtigten Zusammenschluss der europäischen Staaten zur Europäischen Union.“

Nach der Wahl des Jüngsten CDU-Bundestagsabgeordneten Ernst Majonica zum Bundesvorsitzenden (1950 - 1955) beginnt die Junge Union damit, verstärkt die Initiative für die Gesetzgebungsarbeit der Bundesrepublik zu

ergreifen. Finanzielle Schwierigkeiten machen zwar manche Ansätze zunichte, aber vor allem die familienpolitischen Überlegungen, die von Arbeitskreisen ausgearbeitet und schließlich vom Deutschlandtag 1953 in Bad Honnef angenommen werden, führen zu positiven Ansätzen in der Familien- und Jugendpolitik der Bundesregierung. Mit großer Mehrheit verabschieden die Delegierten Resolutionen, in denen ein neues Jugendarbeitschutzgesetz, die Verbesserung der Berufsberatung und der Ausbau des berufsbildenden Schulwesens gefordert werden. Zum ersten Mal werden in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Jugendpolitik der Nachkriegszeit Forderungen nach einer Verbesserung der Berufsschulbildung unter Aspekten gesehen, die erst Jahre später wieder in der allgemeinen Diskussion aufkommen. Als Konrad Adenauer schließlich den ersten Bundesminister für Familienfragen beruft, erfüllt er einen Wunsch der Jungen Union.

Mit der Wahl von Dr. Gerhard Stoltenberg zum neuen Bundesvorsitzenden (1955 - 1961) setzt sich 1955 eine neue Generation von JU-Mitgliedern durch. Nach der Wiederherstellung der deutschen Souveränität, dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, der Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft und der Festigung des parlamentarischen Systems konzentriert sich die Arbeit der Jungen Union jetzt auf eine Fülle von Einzelfragen, bei denen die Stellung der Soldaten in der Bundeswehr einen breiten Raum einnimmt. Aber auch die Stellung des Arbeiters als Wirtschaftsbürger und der geistige Standort der Union ergeben sich als Themen dieser Jahre. Zugleich beginnt die Diskussion zum Thema Europa, die unter Dr. Bert Even, der 1961 zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wird (1961 - 1963), zu einer weitgehenden Einigung in der Jungen Union führt.

Im Jahr des ersten Kanzlerwechsels wählt die Jungen Union Dr. Egon A. Klepsch zum neuen Vorsitzenden (1963 - 1969). Er gehört als erster Bundesvorsitzender der Nachkriegsgeneration an. Mit ihm wird der Generationenwechsel vollzogen. Der Bundesvorsitzende Jürgen Echternach (seit 1969) arbeitet mit einer an Jahren verjüngten Union; das neue Höchstalter liegt in der Regel bei 35 Jahren. Unter dem Vorsitz Jürgen Echternachs kommt neben der Innenpolitik auch die Ost- und Deutschlandpolitik wieder auf die Tagesordnung.

Die Themen der Jährlichen Deutschlandtage sind keine Zufallsergebnisse, sie entsprechen vielmehr den Problemen, die in den verschiedensten Organisationsstufen der Jungen Union die Gespräche beherrschen. Sie bilden neben großen Fachkongressen der Jungen Union Höhepunkte in der Jahresarbeit und geben zugleich einen Überblick über die Tätigkeit in den Landesverbänden, den Bezirken, Kreisen und Gemeinden.

Zum inneren Zusammenhalt trägt wesentlich die publizistische Arbeit bei. Nachdem eine Zeitung unter dem Titel "Die Junge Generation" und Arbeitsmaterial als "Werkhefte" nur eine kurze Lebensdauer erreicht haben, entsteht 1953 die "Information der Jungen Union", die einige Jahre später unter dem Titel "die Entscheidung" zu einer Monatszeitschrift ausgebaut wird und als beachtetes Aussprachezentrum, als pointiert vorstoßendes Meinungsorgan und als wichtiges Informationsmittel einen bedeutenden Teil der JU-Arbeit ausfüllt.

Wohl selten kann eine Organisation politisch tätiger jüngerer Menschen auch personell eine so positive Bilanz ziehen, wie es die Junge Union Deutschlands zu tun vermag. Trotz der Verankerung in Staats- und Parteiämtern ist die Junge Union nicht Teil des "Establishment". Sie hält sich zwar für die Organisation, die CDU und CSU frisches Blut zuführt, aber sie sieht es in erster Linie als ihre Aufgabe an, jüngere Menschen an die Politik überhaupt heranzuführen, ihnen Informationen zu vermitteln und mit ihnen die Politik der Bundespartei und ihrer bayerischen Schwesterpartei vom Grundsatz her zu beeinflussen. Daß dabei dauernd die Neubesinnung zum wichtigsten Bestandteil der Arbeit geworden ist, versteht sich von selbst.

Die Jugendpolitik der Jungen Union Deutschlands

Jugendpolitik ist für die Junge Union eine entscheidende Aufgabe, die dazu beiträgt, für ganz Deutschland eine moderne, politische Ordnung zu schaffen. Die Junge Union Deutschlands bemüht sich, mit ihrer politischen Arbeit darum, das demokratische Bewusstsein der Jungen Generation zu festigen und weiter zu entwickeln.

Die Ergebnisse des "Jugendkongresses" im November 1964 in Koblenz, an dem insgesamt 28 Jugend- und Studentenverbände sowie Institutionen der freien und öffentlichen Jugendhilfe vertreten waren - wie auch die Beiträge

aus den entsprechenden Arbeitskreisen der Landesverbände wurden erstmals in einem „Jugendpolitischen Programm“ im Mai 1965 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wurde allgemein begrüßt, dass die Junge Union Deutschlands als erster politischer Jugendverband die Jugendpflegerischen Verbände zur Mitarbeit heranzog und ihre Vorstellungen weitgehend berücksichtigte. Dadurch war die Junge Union in der Lage, eine Jugendpolitische Konzeption zu entwickeln, die den Erfordernissen der Praxis entsprach.

1969 hat die Junge Union ein neues der gesellschaftlichen Entwicklung und den modernen Erkenntnissen angepasstes "Jugendpolitisches Programm" vorgelegt. Damit erstrebt die Junge Union eine wirksame Jugendpolitik als entscheidende Voraussetzung für eine moderne demokratische Ordnung in Deutschland.

Das zukunftsweisende „Jugendpolitische Programm“ der Jungen Union ist in die politischen Themenbereiche

Jugend und Staat

Jugend und Gesellschaft

Jugend und Familie

Jugend - Gesundheit und Sport

aufgegliedert. In diesen hochaktuellen Politikbereichen erhebt die Junge Union Forderungen, die der deutschen Jugend eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft verschaffen sollen. Im Anhang des "Jugendpolitischen Programms" der Jungen Union ist darüber hinaus die Stellung der Jungen Union zu den Bereichen "Schule" und "Ausbildung" ausführlich aufgezeigt.

Forderungen der Jungen Union für die Berufsausbildung

Allen Auszubildenden sind die gleichen Bildungschancen einzuräumen. Die Junge Union fordert deshalb, die Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, die durch einen Berufsbildungsweg in einem anerkannten Lehrberuf ersetzt werden kann. Dadurch wird es möglich, alle Begabungsreserven auszuschöpfen und den im Arbeitsförderungsgesetz und im

Berufsbildungsgesetz eingeschlagenen Weg zur Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer weiter auszubauen.

Die fortschreitende Änderung der Berufsbilder bedingt eine Berufsweiterbildung. Diese muss deshalb durch Gründung besonderer Institutionen, wie z. B. Führungsakademien oder anderen Ausbildungsstätten gefördert werden. Der im Beruf Stehende muss nach bestimmten Zeitabständen unter Beibehaltung seines Einkommens für eine vorübergehende Berufsweiterbildung freigestellt werden. Die Bundesanstalt für Arbeit ist zu einem Instrument einer anpassungsfähigen, bundeseinheitlichen Berufs- und Berufsbildungspolitik weiterzuentwickeln. Sie muss zu einer "Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung" ausgestaltet werden.

Die Junge Union erwartet, dass

- a) die systematische Aus- und Fortbildung der Ausbilder in fachlicher und pädagogischer Hinsicht im Einzelnen festgelegt wird
- b) die Eignungsanforderungen an die Ausbildungsbetriebe wesentlich verschärft werden,
- c) die ausbildenden Betriebe auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen laufend durch Gremien kontrolliert werden, in denen Vertreter der Betriebe, der Arbeitnehmer, der Berufsschullehrer und der Jugendvertretungen mitwirken und
- d) die Zuständigkeit für die Berufsausbildung dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung übertragen wird.

Auch das berufliche Bildungswesen muss in den allgemeinen Demokratisierungsprozess einbezogen werden, was seinen konkreten Ausdruck in Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten findet. Ein klares Mitbestimmungsrecht trägt zur Vorbereitung sowohl auf die beruflichen Anforderungen in der Praxis, als auch zur Bildung politischen Bewusstseins in der Gesellschaft bei.

Die Grundrechte in der deutschen Demokratie

Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. In der Bundesrepublik Deutschland geht alle Staatsgewalt vom Volke aus (Art. 20 des Grundgesetzes). Das deutsche Volk übt seine Staatsgewalt zuerst und vor allem dadurch aus, dass es allgemeine für Jeden verbindliche Regeln aufstellt, die Gesetze.

Die Grundlage unserer Staatsverfassung ist das Grundgesetz. In ihm sind die fundamentalen Grundrechte eines Jeden Staatsbürgers aufgeführt und für alle Zeiten festgestellt; denn diese Grundsätze unserer staatlichen Ordnung, die Menschenwürde und die demokratische Rechtsstaatlichkeit dürfen gemäß Artikel 79 des Grundgesetzes nicht einmal durch eine Verfassungsänderung angetastet werden.

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist der Ausgangspunkt für alle anderen Grundrechte.

Während Artikel 1 des Grundgesetzes den Menschen in seinem Menschsein schützt, garantiert Artikel 2 auch die Handlungsfreiheit des einzelnen Menschen im mitmenschlichen Rahmen: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ Die Freiheit der Person ist Jedoch durch das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung eingeschränkt, weil sich die Gesellschaft vor Verbrechen schützen muss; über die Zulässigkeit und die Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat gemäß Artikel 104 nur ein Richter zu entscheiden.

Neben dieser äußeren Freiheit der Person und der Gleichheit vor dem Gesetz garantiert das Grundgesetz auch die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, des Bekenntnisses und der ungestörten Religionsausübung (Artikel 4). Als Konsequenz der Freiheit des Gewissens ist bestimmt, dass niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Artikel 7, der die Grundzüge des Schulwesens regelt, gibt den Erziehungsberechtigten das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

Im Artikel 5 des Grundgesetzes wird Jedermann das Recht zugesprochen, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Dieses Recht findet allerdings seine Schranken in den allgemeinen Gesetzen (besonders dem Strafgesetz), dem Gesetz zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre. Als Folge dieses Rechts wird die Pressefreiheit garantiert und jede Art von Zensur verboten. Auch hat Jedermann das Recht, sich aus

den allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten. Zur Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsäußerung gehören auch das Versammlungsrecht und die Vereinigungsfreiheit (Artikel 8 und 9).

Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet (Artikel 11), damit verbunden ist auch das Recht, sich seinen Beruf und seine Ausbildungsstätte frei zu wählen (Artikel 12). Das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes ist nicht nur ein Abwehrrecht gegen die öffentliche Gewalt, sondern greift auch in privatrechtliche Vereinbarungen ein. Verträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die das Recht des Arbeitnehmers, seinen Arbeitsplatz z. B. durch fristgerechte Kündigung aufzugeben, beschränken wollen, sind unwirksam.

Zur Freiheit der Person gehört auch die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 15). Darüber hinaus wird die private Sphäre des Einzelnen dadurch geschützt, dass es der Staatsgewalt verwehrt ist, Briefe zu öffnen oder Telefongespräche abzuhören (Artikel 10).

Das in Artikel 14 des Grundgesetzes garantierte Recht auf Eigentum ist eine Ergänzung des Freiheitsrechtes, weil zur Freiheit auch die Unabhängigkeit gehört, die am besten durch Eigentum gesichert werden kann. Niemand darf allerdings sein Eigentum zum Nachteil anderer gebrauchen: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Zur Abwehr von Fehlgriffen oder Missbrauch der Staatsgewalt hat jeder Bürger die Möglichkeit, mit Hilfe seines Petitionsrechtes (Artikel 17) das Parlament auf ungesetzliche Einschränkungen seiner Grundrechte aufmerksam zu machen. Darüber hinaus steht jedem Bürger der Rechtsweg zu seinem wirksamen Schutz offen (Artikel 19).